

**Vereinbarung
über eine Zusammenarbeit
in der Bezirksversammlung Wandsbek
für den Zeitraum 2011 – 2014**

zwischen der

**Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD)
Kreis Wandsbek**

und dem

**Bündnis 90/Die Grünen (GAL)
Kreisverband Wandsbek**

Die Partner vereinbaren die Zusammenarbeit in der Bezirksversammlung Wandsbek für die 19. Wahlperiode.

Die Zusammenarbeit wird getragen von dem Bestreben, mit den Bürgerinnen und Bürgern Wandsbeks die Zukunft des Bezirks zu gestalten und die Lebensbedingungen für alle zu verbessern.

Den Partnern ist bewusst, dass die finanziellen Rahmenbedingungen wenige Gestaltungsspielräume eröffnen. Diese sollen aber für die Weiterentwicklung des Bezirks genutzt werden.

Die Partner wollen mit einem Wandsbeker Wohnungsbauprogramm der angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt entgegentreten und zugleich die städtebaulichen Situationen verbessern. Hierbei sollen die Bürgerinnen und Bürger möglichst frühzeitig in die Planung einbezogen und mit ihnen ein fortlaufender Dialog gesucht werden. Neue Instrumente wie Bürgerforen und Planungswerkstätten sollen erprobt werden. Konflikte zwischen Bürgern, Investoren und Verwaltung sollen in einem offenen, transparenten Prozess gelöst werden.

Das Spannungsverhältnis zwischen der Notwendigkeit der Bebauung und den ökologischen Belangen muss in einer transparenten Abwägung aufgelöst werden, die die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes, des Wasser- und Lärmschutzes und der Erhaltung eines ökologisch funktionsfähigen Landschaftsbildes einbezieht. Hierzu gehört auch die Wahrung des ortstypischen Siedlungscharakters.

Verkehrspolitische Entscheidungen müssen sich an den ökonomischen und ökologischen Erfordernissen orientieren. Dabei müssen die Interessen aller Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt berücksichtigt und insbesondere die Sicherheit und Gesundheit aller Beteiligten gewährleistet werden.

Wandsbek ist ein Bezirk für Alle. Daher müssen alle Entscheidungen die Lebenssituation der Jungen und der Senioren, der Familien und Singles sowie der Migrantinnen und Migranten in den Blick nehmen.

Dies vorausgeschickt vereinbaren die Partner für die einzelnen Politikfelder folgendes:

Stadtplanung

Stadtplanung für die Bürgerinnen und Bürger in Wandsbek heißt für SPD und GAL:

- dem Auseinanderdriften der Gesellschaft entgegen zu treten,
- attraktiven und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, vor allem innerstädtisch, flächeneffizient und nachhaltig,
- den Wohnungsbestand zu pflegen und die Lebensbedingungen zu verbessern,
- Flächenangebote für Freizeit und Sport, soziale Einrichtungen, Parks und Grünanlagen bereitzustellen.

Diese Stadtplanungspolitik werden die Koalitionspartner **gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern** entwickeln. Dazu sollen die bisherigen Dialogformen nicht nur intensiviert werden, sondern wir werden neue Formen der Beteiligung erproben. Ziel muss es sein, dass notwendige Projekte in überschaubarer Zeit realisiert werden können und gleichzeitig die offene, frühzeitige und laufende Beteiligung der Betroffenen sichergestellt ist.

In Hamburg fehlen bezahlbare und attraktive Wohnungen. Die Koalitionspartner sind sich darüber einig, dass der Bezirk Wandsbek im Rahmen der hamburgweiten Anstrengungen für mehr Wohnungsbau einen angemessenen Beitrag an neuen Wohneinheiten erbringen soll. In Wandsbek werden Bebauungsplanverfahren, die dem Wohnungsneubau dienen, Vorrang eingeräumt.

Neue Wohnungen sollen insbesondere durch Nachverdichtungen, die Umnutzung von Gewerbe- zu Wohnbebauungsflächen, die Verbindung von Wohnen und Gewerbe sowie die Nutzung von Konversionsflächen ermöglicht werden. Neben der Revitalisierung von Gewerbebrachen ist dabei auch die einvernehmliche Verlagerung von Gewerbe eine anzuwendende Option. Die folgenden Projekte sind dafür beispielhaft und sollen vordringlich verfolgt werden:

- **Weiterentwicklung Eilbeks** (behutsame Nachverdichtung und Aufwertung des Quartiers)
- **Schellingstraße/ Ecke Maxstraße** (Umnutzung Streugewerbeflächen für Wohnbebauung)
- **Wandsbeker Allee/ Ecke Lengerckestieg** (Umnutzung Gewerbe zu Wohnen). Im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung dieser Fläche soll auf gleicher Höhe der Wandsegrünzug aufgewertet werden.
- **Litzowstraße** (Umnutzung eines als Fläche für besondere Zwecke ausgewiesenen Sportplatzes für Wohnbebauung)
- **Wandsbeker Allee 53/55** (ehemaliges Bürgerhaus; Nutzungsänderung einer als Schule ausgewiesenen Fläche für Wohnbebauung)
- **Wandsbeker Königstraße hinter Nr. 66** (Umnutzung von Gewerbe zu Wohnen). Auch bei dieser Fläche soll eine Umnutzung mit einer Aufwertung des Wandsegrünzuges verbunden werden.
- **Brauhausviertel** (Umnutzung von Gewerbe zu Wohnen) Es sollen Einwirkungsmöglichkeiten der Stadt Hamburg und des Bezirks zur Initialisierung eines Weiterentwicklungsprozesses hin zu den Vorstellungen des Masterplans genutzt werden. Dazu gehört die dringliche Fortführung des Bebauungsplans Wandsbek 75 als so genannter Angebotsplan. Darüber hinaus setzen sich die Koalitionspartner

bei Bezirk und Senat für eine moderierte Begleitung des Prozesses ein, um die Grundstückseigentümer bei ihren Planungen zu unterstützen und Realisierungswege zu erarbeiten. Der Ausbau des Brauhausstieges soll geprüft werden.

- **Von-Bargen-Straße** (Verbindung von Gewerbe und Wohnen)
- **Elfsaal** (Konversionsfläche). Das Areal des ehemaligen Pflegeheims soll für Wohnbebauung bereitgestellt werden. Das laufende Planverfahren wird unterstützt.
- **Bramfelder Dorfgraben am Leeschenblick** (Nachverdichtung). Das laufende Planverfahren wird unterstützt.
- **Buchenkamp, straßenparallel** (Prüfung möglicher Bebauungsvarianten in Verbindung mit einer intensiven Bürgerbeteiligung)
- **Plaggenkamp** (Umnutzung von Gewerbe zu Wohnen)
- **Bredenbekkamp** (ehemaliges Pestalozzi-Dorf). Hier können sich die Koalitionspartner die Erschließung für eine ökologisch ausgerichtete Wohnsiedlung vorstellen.
- **Berner Heerweg / Ecke Rahlstedter Weg** (Nachverdichtung). Für diesen Bereich planen die Koalitionspartner eine Neuordnung der Flächen, insbesondere eine effizientere Nutzung von Parkplatz- und Restgrünflächen für Wohnbebauung.
- **Am Luisenhof / Ecke August-Krogmann-Straße** (Nachverdichtung). In diesem Bereich, ungefähr der geografischen Mitte Wandsbeks, soll geprüft werden, inwieweit Flächen als urbane Aufenthaltsplätze wie auch für Wohnbebauung aufgewertet werden können.
- **Schierenberg 80-94**, Wohnbebauung auf gewerblicher Brachfläche ermöglichen

Wir halten an der Forderung fest, dass die **Liegenschaft** wieder in die Kompetenz der Bezirksverwaltungen zurückübertragen wird.

Die Koalition aus SPD und GAL wird bei der Entwicklung neuer Wohnbauflächen in Wandsbek gegenüber Investoren und Bauherren von den gesetzlichen Möglichkeiten des so genannten städtebaulichen Vertrages Gebrauch machen. Dabei soll insbesondere ein Anteil von **30% gefördertem Wohnungsbau** am neu geschaffenen Wohnbaurecht zugunsten von Wohnungssuchenden mit unteren und mittleren Einkommen erreicht werden.

Die Koalitionäre setzen sich gegenüber der Landesebene und dem Senat dafür ein, dass Qualität und Finanzierung städtebaulicher Planungen und deren Ausgleich mit der Anwendung einer **Richtlinie für sozialgerechte Bodennutzung** nach dem Vorbild der Stadt München (SoBoN-Richtlinie) in Hamburg verbessert werden.

Die Koalitionspartner setzen sich dafür ein, dass vermehrt Bauflächen an Baugemeinschaften vergeben werden.

Wirtschaftliches, energieeffizientes und nachhaltiges Bauen erfordert die Betrachtung der Gebäude über ihren gesamten Lebenszyklus. Dem **öffentlichen Gebäudesektor** fällt dabei eine besondere Vorbildrolle zu. Aus Sicht der Koalitionspartner hat die Stadt Frankfurt am Main mit der Einführung einer Gesamtkostenrechnung für wirtschaftliches und energieeffizientes Bauen vorbildhafte Maßstäbe gesetzt, die einen Abgleich mit den Standards in Hamburg erfordern und ggf. für Hamburg übernommen werden können.

Im Zuge der Erschließung weiterer Wohnungsbaupotentiale sollen **gewachsene dörfliche Strukturen** wie insbesondere im nördlichen Wandsbek durch eine sichtbare Abgrenzung der bebauten Flächen erhalten bleiben.

Die Umwandlung von **Streugewerbeflächen** in Flächen für den Wohnungsbau soll zügig ermöglicht werden.

Die **SAGA GWG** und die Wohnungsbaugenossenschaften sollen bei Wohnungsbauplanungen unterstützt werden.

Gemeinsames Ziel der Koalitionspartner ist es, eine **Ressourcen schonende und nachhaltige Flächennutzung** zu betreiben, und dabei **Belange des Naturschutzes** in Bauleitplanungen und bei Baugenehmigungsverfahren stärker zu berücksichtigen:

- Es sollen vorrangig Innenentwicklungen und Flächenrecycling und damit ein sparsamer Umgang mit dem wertvollen Gut Fläche erfolgen.
- Bei Bauprojekten müssen ausreichend Grün- und Erholungsflächen in den Stadtteilen erhalten bzw. entwickelt werden.
- Ausgleichsflächen und Ausgleichsmaßnahmen werden regelmäßig auf ihre Wirkung geprüft. Dies gilt auch für bereits umgesetzte Maßnahmen.
- Wir halten daran fest, eine frühzeitige Einbindung naturschutzfachlicher Vorgaben in Bebauungsplanverfahren und eine bessere Berücksichtigung des Naturschutzes im vereinfachten Verfahren nach der Hamburgischen Bauordnung zu fordern. Dabei soll die Stadtgrün- und Naturschutzabteilung gehalten sein, die Einhaltung der baumschutz- und naturschutzrechtlichen Vorschriften zu überprüfen und für deren Durchsetzung zu sorgen.
- Bei Wettbewerbs- und Gutachterverfahren für Überplanungen des öffentlichen Raums sollen auch Naturschutzvertreter in die Jurys einbezogen werden.
- Der im Landesgesetz verankerte Biotopverbund soll mit hoher Priorität umgesetzt und die Flächen in geeigneter Weise vor Bebauung und anderer Inanspruchnahme dauerhaft geschützt werden.

Verkehr

Verkehrspolitik ist einer der Schwerpunkte kommunalpolitischen Handelns, da sie für alle sichtbar direkte Auswirkung auf die Lebensqualität jedes Einzelnen hat. Wandsbek braucht eine aktive Verkehrsplanung, die Probleme erkennt und Lösungen erarbeitet. Ziel ist eine klarere Bündelung und Koordinierung der Befassung innerhalb des Bezirksamtes zwischen der Stadtplanung und dem Management des öffentlichen Raums. Doppelbefassungen sollen so vermieden und die Verkehrsplanungen vor allem in den Orts- und Stadtteilzentren verbessert werden.

Die Koalitionspartner erwarten, dass die vorherrschenden Problematiken auf den Ein- und Ausfallstraßen sowie im Bereich der Querverbindungen im Bereich Wandsbek im neuen Generalverkehrsplan für Hamburg aufgegriffen und Perspektiven für Lösungen dieser Probleme aufgezeigt werden.

Im Sinne einer klar strukturierten und ortskundigen Regelung von Verkehrsangelegenheiten setzen wir uns für eine Übertragung der Kompetenzen der unteren Straßenverkehrsbehörde auf die Bezirke ein.

Dort wo verkehrliche Brennpunkte bestehen oder Planungen zu Grundinstandsetzungen oder Neu- und Umbau von Straßen erfolgen, soll trotz der aktuellen Haushaltslage obligatorisch geprüft werden, ob die Einrichtung von Kreisverkehren eine wirksame Alternative darstellt und umgesetzt werden kann.

Die Koalitionspartner sind sich einig, dass der BOD zu stärken ist, damit er neben der Verkehrsraumüberwachung auch seine originären Aufgaben im öffentlichen Raum wahrnehmen kann.

Die Koalitionspartner setzen sich für eine sinnvolle Ausweitung des Netzes von Tempo-30-Straßen ein. In bestehenden Tempo-30 Zonen mit permanenten Geschwindigkeitsüberschreitungen wollen wir die Einhaltung von Tempo 30 durch bauliche Maßnahmen durchsetzen. Im zweiseitigen Bereich der B 75 in Meiendorf sowie auf der Alten Landstraße setzen wir uns für die Wiedereinführung von Tempo 50 ein.

Der ÖPNV soll durch einen weiteren Ausbau und die Optimierung der bestehenden Angebote attraktiver gestaltet werden. Hierzu gehört auch der weitere barrierefreie Ausbau aller Schnellbahnhaltstellen im Bezirk.

- Wir setzen uns für eine zügige Realisierung eines P+R-Hauses am S-Bahnhof Poppenbüttel und die Verbesserung bestehender P+R-Anlagen im Bezirk ein.
- Die Realisierung der S4 als S-Bahn auf eigenen Gleisen vom Hauptbahnhof bis Rahlstedt und weiter nach Ahrensburg hat für uns hohe Priorität. Dieses Vorhaben auf Landesebene unterstützen wir.
- Die Einführung einer Stadtbahn ist für uns nach wie vor erstrebenswert. Solange eine schienengebundene Verkehrsanbindung nicht erfolgt, muss für Bramfeld und Steilshoop eine an den aktuellen Bedürfnissen der Stadtteile orientierte optimierte Busanbindung vorrangig sein. Die notwendigen Trassen für eine schienengebundene Anbindung müssen freigehalten werden. Für erste Bauabschnitte bieten sich Wandsbeker Stadtteile ohne Schnellbahnanbindung wie etwa Bramfeld und Steilshoop an.
- Wir wollen das Radfahren attraktiver machen. Daher setzen wir uns für den weiteren Ausbau von Radwegen sowie von Radfahrstreifen und Schutzstreifen an geeigneten Stellen ein und unterstützen die Umsetzung des Hamburger Radwegkonzepts.
- Wir wollen die frühzeitige Information der Öffentlichkeit bei Bauvorhaben im Bereich des Straßen- und Tiefbaus ausweiten, denn niemand ist von derartigen Vorhaben so stark betroffen wie die unmittelbaren Anwohner.
- Der Ausbau von Leihfahrradsystemen im Bezirk Wandsbek ist für uns unter verkehrlichen Gesichtspunkten als auch denen der Naherholung wichtig. Über das Kerngebiet hinaus soll hier ein attraktives Netz für den Bezirk entstehen.

Trotz des in der vergangenen Legislaturperiode gefassten Beschlusses zur Aufhebung der Einbahnstraßenregelung am U-Bahnhof Volksdorf besteht im Stadtteil weiterhin Uneinigkeit über die Sinnhaftigkeit der geplanten Öffnung der Straße. Um vor einem endgültigen Umbau ein breites Einverständnis der Bevölkerung zu erreichen, soll eine konsultative Befragung der Volksdorfer Einwohnerinnen und Einwohner durchgeführt werden.

Frühkindliche Entwicklung, Bildung und Jugendhilfe

Um eine bestmögliche Unterstützung aller Kinder und Jugendlichen im Bezirk zu erreichen, bedarf es einer Vernetzung aller vorhandenen Einrichtungen und Institutionen in jedem Sozialraum, die sich mit der Erziehung, Bildung und Gesundheitsförderung von Kindern und Jugendlichen befassen. Dieses betrifft die Vernetzung aller Frühen Hilfen und Beratungsangebote mit den Kitas, die Vernetzung von Kita und Schule und die Vernetzung von Schule und Jugendhilfe.

Die Koalitionspartner sind sich darin einig, dass es hierzu einer Dezentralisierung der Regionalen Bildungskonferenzen bedarf. Aufbauend auf einer räumlichen Standortanalyse muss für jeden Sozialraum ein Netzwerk etabliert werden, das alle mit dem Thema Bildung befassten Akteure einbezieht. Die Standortanalyse muss zwingend erforderlich auch für alle räumlichen Gegebenheiten von Kita, Schule und Jugendhilfe gemacht werden.

Die Koalitionspartner sind sich darin einig, dass die Jugendhilfepolitik in den nächsten Jahren einer umfassenden Bestandsanalyse und daran anschließend einer sozialräumlich angelegten Jugendhilfeplanung bedarf. Hierzu dürfen keine weiteren Verantwortlichkeiten auf die Ebene der Fachbehörde übertragen werden und es darf keine Kürzungen im Bereich der Jugendhilfe geben. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Jugendhilfemittel auf Landesebene zugunsten des Jugendeinwohnerwertes umverteilt werden.

Ziel der Jugendhilfepolitik soll es sein, dass alle Familien in Wandsbek die Hilfen erhalten, die sie bei der Erziehung und Bildung ihrer Kinder benötigen. Dabei spielen die Allgemeinen Sozialen Dienste eine wichtige Rolle. Die Koalitionspartner begrüßen die aktuell geplante weitere Verstärkung und sind sich darin einig, dass diese dazu dienen muss, die betreffenden Familien noch engmaschiger zu betreuen.

- Schwangere sowie junge Familien sollen weiterhin bei der Bewältigung ihres Familienalltags unterstützt werden. Die Beziehungs- und Erziehungskompetenz von Eltern soll gefördert werden, um zu einer gesunden Entwicklung von Kindern beizutragen. Deshalb setzen wir uns für eine Rahmenvereinbarung für ein Netzwerk „Frühe Hilfen“ und für die Verstetigung des Programms „Familienhebammen in Hamburg“ ein.
- Insbesondere schwer erreichbare Bevölkerungsgruppen sollen durch Vermittlung von mehrsprachigen Gesundheitsinformationen und den Einsatz niedrigschwelliger mobiler Beratungsangebote vor Ort gestärkt werden. Gesunde Ernährung soll in Kitas und Schulen einen Beitrag zur Gesundheitsförderung leisten.
- Die Straßensozialarbeit muss in der Szene vor Ort erfolgen und darf nicht eingeschränkt werden.

Außerdem setzen die Koalitionspartner sich dafür ein, dass

- das bestehende erfolgreiche Kita-Gutscheinsystem durch eine ergänzende Kita-Bedarfsplanung verbessert wird,
- durch eine verstärkte Zusammenarbeit von Kita und Grundschulen, die Qualitätsstandards in der vorschulischen Entwicklung und der Übergang in die erste Klasse verbessert werden,

- der Jugendhilfeausschuss bei der Umsetzung der ganztägigen Betreuung und Bildung (GBS) an den Schulen fortlaufend eingebunden wird und dass
- im Bezirk Wandsbek attraktive Stadtteilschulen mit eigenen Oberstufen entstehen und geeignete Standorte für die neuen Stadtteilschulen gefunden werden. An diesem Prozess müssen sowohl die Betroffenen vor Ort als auch die politischen Gremien beteiligt werden.

Um den Übergang zwischen Schule und Beruf zu erleichtern, setzen sich die Koalitionspartner für den Ausbau der Vermittlungskapazitäten der "Arbeitsstiftung", einer Initiative des Otto-Versands, ein und forcieren die Einrichtung eines Rundes Tisches "Ausbildung für Wandsbek"

Wir wollen außerdem:

- die Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen gemäß §33 Bezirksverwaltungsgesetz ausbauen. Die Umsetzung soll mit den Partizipationsstrukturen (Jugendverbände, Schülervertretungen) erarbeitet werden. Zudem sollen alle Maßnahmen auf kinder- und jugendrelevante Auswirkungen überprüft werden,
- Kinder und Jugendliche über Freizeitangebote im Bezirk z.B. mit Hilfe von Stadtteilplänen informieren,
- Beratungsangebote zur Findung der sexuellen Identität von Jugendlichen fördern. Lesbische und schwule Jugendliche werden verstärkt Opfer von Gewalt. Wir werden daher die Situation prüfen und geeignete Instrumente gegen Gewalt einsetzen. Falls der Senat plant, ein Jugendzentrum für schwule Jugendliche einzurichten, werden sich SPD und GAL dafür einsetzen, dieses in Wandsbek anzusiedeln,
- Angebote zum Erwerb von Medienkompetenzen für Senioren in Alteneinrichtungen, beispielsweise durch Kooperationen mit Schulen oder Jugendeinrichtungen unterstützen.

Soziale Stadtentwicklung

Mit Sorge betrachten wir das Auseinanderdriften unserer Gesellschaft, das auch in Wandsbek bereits zu sehr unterschiedlichen Entwicklungen der Stadtteile geführt hat. Wir wollen durch unser gemeinsames Handeln dieser Entwicklung entgegenwirken.

- Wir sind auch weiterhin der Meinung, dass Beschäftigungspolitik nicht unabhängig von der sozialen Stadtteilentwicklung betrachtet und behandelt werden darf. Wir setzen uns für den Erhalt von Stadtteilprojekten wie dem Café „Der Treff“ in Steilshoop oder der Jenfelder Kaffeekanne sowie der Hausbetreuerlogen ein. Es müssen Finanzierungsformen gefunden werden, die einen längerfristigen Erhalt der Projekte garantieren.
- Wir unterstützen die Umgestaltung der Mittelachse in Steilshoop.
- Wir setzen uns für verbesserte Anlaufstellen für Familien, wie z.B. Community-Center, in Stadtteilen mit schwach ausgeprägter sozialer Infrastruktur ein.
- Wir befürworten die Erstellung von geschlechtsspezifischen Programmen zur Prävention und Reduzierung von Obdachlosigkeit.

- Die Koalitionspartner setzen sich dafür ein, dass auch nach der Schließung der Wandsbeker Frauenberatungsstelle ein bedarfsgerechtes Beratungsangebot insbesondere für Frauen mit Migrationshintergrund im Bezirk vorgehalten wird. Sie fordern außerdem ausreichend Plätze in Frauenhäusern ein, um auch den Wandsbeker Bedarf abdecken zu können.
- Wir unterstützen die Arbeit des Seniorenbeirates und wollen die Seniorenberatungsstellen und Seniorentreffs erhalten und stärken.
- Wir befürworten die Umsetzung neuer Formen des selbstbestimmten Zusammenlebens, wie die Schaffung von generationenübergreifenden Projekten in Mehrgenerationenhäusern.
- Wir werden einen „Integrationsplan für Wandsbek“ entwickeln und die Arbeit des Integrationsbeirates unterstützen.
- Die Koalitionspartner wollen die Situation von Menschen mit ungeklärtem Aufenthaltsrecht verbessern. Sie werden hierzu eine Initiative auf Landesebene einbringen, die neben der bereits gesicherten gesundheitlichen Versorgung auch eine Partizipation am gesellschaftlichen Leben ermöglicht.
- Wir begrüßen ausdrücklich eine Teilnahme an Fortbildungen zur interkulturellen Kompetenz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung mit Kundenkontakten.
- In der Bezirksverwaltung wünschen wir uns einen höheren Anteil an Einstellungen von Migranten bei gleicher Qualifikation.
- Wir wollen eine bedarfsgerechte Anzahl von Integrationskursen ermöglichen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass ein Aktionsplan „barrierefreies Leben in Wandsbek“ erarbeitet und vorangetrieben wird.
- Um die Belange für Menschen mit Behinderungen wirksamer zu vertreten, wird ein entsprechender ehrenamtlicher Beirat gebildet, der aus seiner Mitte einen Beauftragten wählt.

Umweltschutz

Umwelt- und Naturschutz sowie der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen sind auch auf bezirklicher Ebene wichtige Aufgaben. Das gilt für die Luftqualität ebenso wie für den Gewässer- und Lärmschutz und den Erhalt der biologischen Vielfalt. Deshalb wollen die Koalitionspartner Naturschutz- und Naherholungsgebiete sowie Grünachsen erhalten und, soweit möglich, erweitern, eine wirkungsvolle Naturschutzpolitik verfolgen und die dafür notwendigen Mittel sichern.

Die Koalitionspartner vereinbaren dafür folgende Ziele und Maßnahmen:

- Die Wiederherstellung einer leistungsfähigen Grün- und Naturschutzabteilung ist unerlässlich.
- Die bislang der Hamburger Wirtschaftsbehörde unterstellten Förstereien sollen zukünftig der bezirklichen Grün- und Naturschutzabteilung zugeordnet sein.
- Naturschutzverstöße sollen konsequent verfolgt werden.
- Die geplante Ausweisung neuer Natur- und Landschaftsschutzgebiete sowie die Erweiterung bestehender Naturschutzgebiete wird begrüßt. Im Bezirk Wandsbek soll das Naturdenkmal Kiebitzmoor baldmöglichst eingerichtet und das Naturschutzgebiet Wohldorfer Wald um das gesamte bestehende Waldgebiet einschließlich angrenzender naturnaher Flächen erweitert werden.

- Für bestehende Naturschutzgebiete sollen Pflegepläne erstellt, umgesetzt und wiederkehrend aktualisiert werden.
- Um den Unterhalt und die Entwicklung der fließenden und stehenden Gewässer im Bezirk nach Maßgabe der EU-Wasserrahmenrichtlinie durchführen zu können, sollen von der Stadt Hamburg und von der EU mehr Mittel eingeworben werden.
- Öffentliche Parks und Grünflächen im Bezirk Wandsbek sind für Freizeit und Erholung der Stadtbevölkerung und die Verbesserung des Stadtklimas, als Naturerlebnisräume sowie als Lebens- und Rückzugsräume für Tiere und Pflanzen gleichermaßen wichtig. Ihre ökologische Aufwertung und Pflege nach dem Vorbild von „Mehr Vielfalt in Altonas Parks“ wird angestrebt.
- Bäume leisten einen wichtigen Beitrag zur allgemeinen Lebensqualität und zum Stadtklima. Ihr Bestand darf sich nicht verringern. Deshalb sollen schützende Maßnahmen und konsequente Nachpflanzungen erfolgen.

Gesundheit und Verbraucherschutz

Für die Lebensqualität der Menschen in Wandsbek ist Gesundheit von zentraler Bedeutung. Die Koalitionspartner sind sich daher einig, dass

- für den Bezirk unter Beteiligung der Wandsbekerinnen und Wandsbeker die Aufstellung eines Lärmaktionsplans mit konkreten Maßnahmen zur Lärminderung erfolgen soll,
- den Überschreitungen der EU-Grenzwerte für Luftqualität auf der Basis von Messwerten zeitnah entgegengetreten wird,
- die kinderärztliche Versorgung in den Stadtteilen im Benehmen mit der Kassenärztlichen Vereinigung befördert wird,
- die kinderzahnärztlichen Kontrolluntersuchungen auf möglichst viele Stadtteile ausgeweitet werden,
- die Inanspruchnahme der Kinderfrüherkennungsuntersuchungen sichergestellt wird und
- die Einrichtung von offenen Kontaktstellen für Menschen mit psychischen Erkrankungen befördert wird.

Der bezirkliche Verbraucherschutz soll in der Lage sein, die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher zu gewährleisten und die gesundheitliche Unbedenklichkeit und Sicherheit von Produkten zu überwachen. Die Koalitionspartner befürworten außerdem die Verbreitung von Verbraucherinformationen über das Bezirksamt, insbesondere zu Themen wie „Nachhaltigkeit“ und „gesunde Ernährung“.

Kultur und Finanzen

Kulturpolitik ist ein wesentliches Element der sozialen Stadtteilentwicklung. Die Stadtteilkulturzentren sind nicht nur Kulturveranstalter, sondern dienen auch als Treffpunkt für Vereine und Initiativen.

Der Dialog mit den Stadtteilkulturzentren soll daher neu belebt, ihre Weiterentwicklung gefördert und dabei gezielt thematische Initiativen unterstützt werden. Die Stadtteilkulturzentren sollen wieder kulturelle Projektmittel beantragen können.

Die Koalitionspartner setzen sich für die Realisierung der Kulturinsel Bramfeld auf der Grundlage des vorliegenden Gutachtens ein und unterstützen die Initiative zur Errichtung eines Rahlstedter Kulturzentrums.

Es besteht Einvernehmen, die Initiative „Wandsbeker Straßen mit Namen von kaiserlichen Offizieren der Kolonialherrschaft umbenennen“ zu unterstützen und einen Beteiligungsprozess zu organisieren. Ebenso soll die Mitarbeit an der Gestaltung und Umsetzung des „Geschichtsgarten Hamburg-Tansania“ fortgesetzt und eine zeitgemäße Darstellung ermöglicht werden.

Im Bezirksamt sind Aufgaben für den Kulturbereich, wie z. B. eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit und eine Internetpräsenz einer Stelle zuzuordnen. Die Einrichtung einer Stelle für einen bezirklichen Kulturmanager soll geprüft werden.

Die Recherche und gezielte Verbreitung von Informationen über Förderziele und Bewerbungsbedingungen für Projekte, die aus EU- und Bundesmitteln gefördert werden, sollen einer Person im Bezirksamt zugeordnet werden.

Freizeit, Naherholung und Sport

Mit seinen grünen Uferstreifen entlang von Wandse und Alster, Naturschutzgebieten und stadthistorisch bedeutenden Ortsteilen genießt der Bezirk Wandsbek den Vorteil eines hohen Freizeitwerts.

Die effektive Vernetzung von Freizeitangeboten, Kultur und Tourismus in Wandsbek werden die Koalitionspartner auch auf Grundlage der Erkenntnisse des vorliegenden Tourismusgutachtens insbesondere mit einer zielgerichteten Öffentlichkeitsarbeit begleiten und unterstützen.

Sport leistet einen wichtigen Beitrag für Gesundheit und Integration, daher wollen wir den Breitensport im Bezirk weiter stärken.

- Wir setzen uns dafür ein, dass die Öffnung der schulischen Sportanlagen unter anderem durch den vermehrten Einbau schlüsselloser Schließsysteme auch in den Schulferien gesichert wird.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Sanierung der Wandsbeker vereinseigenen und öffentlichen Sportanlagen auch künftig fortgesetzt und nach einer Prioritätenliste abgearbeitet wird.
- Im Zuge der Errichtung des Jugendzentrums Rahlstedt soll auf den Boltwiesen der dazugehörige Bolzplatz fertig gestellt werden.

Wirtschaft

Der Fokus bezirklicher Wirtschaftspolitik lenkt sich in Wandsbek sowohl auf Großbetriebe als auch in zunehmendem Maße auf die Kleineren und Mittleren Unternehmen, für die Flächen und Entwicklungspotenziale im Blick behalten werden müssen.

- Wir werden die Stadtteilzentren im Sinne eines aktiven Zentrumschutzes und einer funktionierenden Nahversorgung stärken; Einzelhandel, Mittelstand und Handwerk haben in der Wandsbeker Koalition und in der Verwaltung einen starken

Partner. Die Ansiedlung von isolierten Einzelhandelsbetrieben „auf der grünen Wiese“ lehnen wir ab.

- Unser Ziel ist es, dass durch klare Verantwortlichkeiten, zeitnahe und transparente Handhabung von Genehmigungsverfahren und verlässliche Entscheidungen die Unternehmen die Verwaltung als Partner erfahren. Daher begrüßen wir das Ziel, dass die bezirklichen Zentren für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt in ihrer Rolle als erste Ansprechpartner für die Wirtschaft gestärkt und qualifiziert werden sollen.
- Wir werden eigene Akzente in der bezirklichen Wirtschaftspolitik setzen. Dazu soll die Wirtschaftsförderung des Bezirks im Rahmen der Möglichkeiten gestärkt werden. Wir wollen die Dialogbereitschaft zwischen Verwaltung und Wirtschaft durch Einrichtung eines dauerhaften Gesprächs- und Informationskreises „Wandsbeker Wirtschaftskreis“ erhöhen.
- Wir werden die Angebotsvielfalt der Wochenmärkte im Bezirk erhalten und die Attraktivität der Märkte erhöhen. Dazu gehören für uns ausdrücklich auch Anbieter von Produkten aus regionalem ökologischen Anbau. Eine Privatisierung bezirklicher Wochenmärkte wird es nicht geben.
- Dort, wo es von Handel und Eigentümern gewünscht wird und wirtschaftlich durchführbar ist, sollen Innovationsbereiche helfen, eine nachhaltige Stärkung der jeweiligen Standorte herbeizuführen. Wir wollen Politik und Öffentlichkeit frühzeitig an der Planung und Konzeption beteiligen.

Struktur und Verwaltung

Die Partner setzen sich dafür ein, dass ein Ratsinformationssystem installiert wird, mit dem sich Bürgerinnen und Bürger des Bezirkes über die Themen der Bezirksversammlung informieren können und welches auch geeignet ist, eine Bürgerbeteiligung zu organisieren.

Die Partner werden sich in diesem Jahr für die Neuordnung der bezirklichen Wahlkreise einsetzen. Die Wahlkreise müssen sich an den regionalen Ortsteilgrenzen orientieren.

Die Partner werden zeitnah einen Antrag zur Stärkung der Rechte der Regionalausschüsse in die Bezirksversammlung einbringen.

Die Koalitionspartner vereinbaren die Wahl einer von der SPD vorgeschlagenen Bezirksamtsleitung.

Verfahrensfragen

Alle in dieser Vereinbarung nicht geregelten Angelegenheiten werden von den Fraktionen gemeinsam besprochen und entschieden. Die Abstimmung übernehmen zunächst Rainer Schünemann und Susanne Zechendorf.

In der Bezirksversammlung werden die Partner nicht mit wechselnden Mehrheiten abstimmen. Die freie Gewissensentscheidung der / des einzelnen Abgeordneten bleibt hiervon unberührt. Anträge einer Fraktion werden dem Partner in der Regel fünf Tage vor Einbringung zur Beratung zugeleitet. Anträge, die nicht die Zustimmung des anderen Partners finden, werden zunächst nicht eingebracht, es soll eine gemeinsame Lösung gefunden werden. Sollte ein Antrag inhaltsgleich von einer Oppositionsfraktion gestellt werden, wird Einvernehmen hinsichtlich des Vorgehens hergestellt. Dies gilt für alle Fach- (einschließlich Jugendhilfeausschuss), Regional- und Bauprüfausschüsse.

Unter Beachtung der gemeinsamen Zielsetzung, den Wohnungsbau in Wandsbek zu fördern, werden die Mitglieder in den regionalen Bauprüfausschüssen eine gemeinsame Linie vertreten. Die Abstimmung erfolgt durch die Fachsprecher vor der Sitzung des Bauprüfausschusses.

Beide Partner werden darauf hinwirken, dass die gemeinsame Politik auf Landesebene Bestand hat.

Zur Erörterung eventuell auftretender Meinungsverschiedenheiten wird ein paritätisch besetzter Koalitionsausschuss gebildet, dem zumindest die Fraktionsvorsitzenden und die Kreisvorsitzenden der Parteien angehören. Der Koalitionsausschuss wird auf Antrag einer/s Fraktionsvorsitzenden der Koalitionsparteien zusammentreten.

Für die Sozialdemokratische Partei
Deutschlands (SPD)
Kreis Wandsbek

Für das Bündnis 90/Die Grünen
(GAL)
Kreisverband Wandsbek

Karl Schwinke
Kreisvorsitzender

Petra Osinski
Kreisvorsitzende

Anja Quast
Fraktionsvorsitzende

Susanne Zechendorf
Fraktionsvorsitzende